



Die FDP - Fraktion Im Rat der Gemeinde Odenthal

Fraktionsvorsitzender: Walter Nobbe
Am Hagen 4, 51519 Odenthal
Tel. 02174-7439-44 und Fax –46
E-mail: walternobbe@gmx.de

Stv. Vorsitzender: Hans-Josef Schmitz

FDP – Haushaltsrede 2006, 01.03.2006

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren!

Im letzten Jahr habe ich an dieser Stelle gesagt, dass wir die Aktivitäten, die sich aus dem Haushalt ergeben, so beeinflussen müssen, dass nicht nur die zukünftigen **Herausforderungen** bewältigt werden können, sondern die Gemeinde auch **weiterentwickelt** und **gestaltet** werden kann.

Weiter habe ich erwähnt, dass zur Gestaltung auch gehört, dass wir alle aus der Vergangenheit lernen. Unsere Fraktion hat nach intensiver Diskussion der Haushaltsansätze erkennen müssen, dass die meisten, die im Rat und in der Verwaltung die Verantwortung tragen, nicht bereit sind, aus der Vergangenheit zu lernen.

Wie anders ist es zu erklären, dass zum wiederholten Mal ein zwar formal ausgeglichener Haushalt vorgelegt wird, der jedoch wie der Bürgermeister schon im letzten Jahr beklagte nur **unecht** ausgeglichen ist. Im letzten Jahr musste die Rücklage angegriffen werden, um die Deckung von Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt zu erreichen. In diesem Jahr sieht es noch schlimmer aus, da abzusehen ist, dass diese Maßnahme nicht reicht und eine erneute Rückzuführung vom Vermögens- in den Verwaltungshaushalt die laufenden Ausgaben decken muss.

Der Beigeordnete hat für das Jahr 2004 noch dargestellt, wie sich bei anderen Kommunen das **Krankheitsbild** der nicht ausgeglichenen Haushalte ausbreitet, was sich schnell zu einer mittelschweren Krankheit, nämlich dem Haushaltssicherungskonzept entwickeln oder gar zum Nothaushalt führen könne.

Aus diesen Fakten werden weiterhin keine **Konsequenzen** gezogen. Im Gegenteil, man bezeichnete die finanzielle Notlage 2005 als eine „*Delle*“, die ab 2006 wieder ausgebügelt würde. Nur davon bemerkt man nichts.

Wenn also die Verantwortlichen von Krankheit im Zusammenhang mit dem Haushalt sprechen ist das hinsichtlich der Diagnose richtig. Wir haben 2005 gehofft, dass die Erkenntnis auch bald zur richtigen Therapie führen würde. Vorschläge dazu haben wir seinerzeit gemacht. Das heißt wir hätten einem Haushalt zugestimmt, wenn gleichzeitig Maßnahmen zur kurz- und mittelfristigen Konsolidierung eingeleitet bzw. verabschiedet worden wären.

Wir hatten vorgeschlagen, die Personal- und auch die Sachkosten der Gemeinde, die seit Jahren einen Anstieg weit über der Inflationsrate aufweisen, zu senken. Das ist nicht nur von CDU und SPD durch ihre Zustimmung zum Haushalt abgelehnt worden, sondern wurde durch diverse Beförderungen bei den Personalkosten zusätzlich unterlaufen.

Die Kosten des Bauhofes sollten analysiert werden und einer Beurteilung unterzogen werden, ob die Leistungen noch so und in dem Umfang wie bisher erbracht werden sollen, oder ob hierfür auch externe Unternehmen eingesetzt werden können. Von dieser Analyse haben wir nur gehört, dass sie gemacht sei und die Ergebnisse zusammengestellt würden. Besser wäre gewesen, wenn wir sie vor den HH-Beratungen zur Verfügung gehabt hätten.

Wir hoffen in diesem Zusammenhang Antworten auf folgende Fragen zu bekommen: Ist ein Bauhof für jede Gemeinde noch zeitgemäß oder kann er privatisiert werden bzw. zusammengelegt werden mit Bauhöfen der umliegenden Gemeinden? Solange uns die Analyse nicht vorliegt, werden von uns Synergieeffekte vermutet, die zu erheblichen Einsparungen führen können, ohne gravierende Auswirkungen auf die vorhandenen Mitarbeiter.

Auch dieses Jahr haben wir durch den Antrag im letzten Haupt- und Finanzausschuss auf die insgesamt prekäre Entwicklung hingewiesen. Die Nettoeinnahmen aus Steuern und Zuweisungen der Gemeinde decken kaum die Personalkosten der Gemeindeverwaltung. Dazu kommt noch ein nicht unerhebliches Volumen an Sachkosten. Daher unsere Forderung, über einen Zeitraum von etwa fünf Jahren die Personalkosten um ca. 20 % zu senken. Dies wurde wie zu erwarten abgelehnt, aber wie soll es finanziell in der Gemeinde sonst weitergehen? Die Verwaltung und CDU und SPD sollten endlich Konzepte vorlegen.

Im Übrigen müssen wir an dieser Stelle nach Risiken fragen, die im Haushalt evtl. noch gar nicht berücksichtigt sind:

- Der Landeszuschuss zu den KITA´s wird gesenkt. Fehlbeträge landen über die ohnehin schon enorm gestiegenen Kreisumlagen dann bei der Gemeinde.
- Wie hoch sind die Kosten für Kindergärten, die aufgrund der Kündigung der Verträge durch die AWO über den Kreis auf die Gemeinde zukommen?
- Durch die Anhebung der degressiven AfA von 20 auf 30 Prozent, sollen Unternehmen von 2006 bis 2009 entlastet werden. Die Kommunen werden durch die Planungen der Bundesregierung durch rund ein Drittel der Mindereinnahmen durch diese Maßnahme belastet. Das könnte schnell eine Mio. Euro Belastung in drei Jahren für Odenthal bedeuten.

Wie im letzten Jahr gesagt, werden wir von der **FDP** uns auf jeden Fall weiter dafür **einsetzen**, dass schon jetzt Maßnahmen eingeleitet werden, die uns mittel- und langfristig wieder die Möglichkeit geben, auf Veränderungen flexibel reagieren zu können und Gestaltungsfreiräume zu bekommen, damit Projekte in den Bereichen

Jugend und Schule
Tourismus und Naherholung
Bauen und Umweltschutz

finanziert werden können, und zwar nicht über weitere Kredite, sondern möglichst aus laufenden Einnahmen. Dazu muss aber die Einsicht bei allen reifen, als erstes die Gemeindefinanzen zu konsolidieren.

Die Konsolidierung könnte – wie von uns seit Jahren gefordert – in einzelnen Bereichen, sprich Budgets, wie folgt geschehen:

Personalkosten

1. Es wird eine Strukturanalyse durchgeführt nach dem Vorbild des Rheinisch-Bergischen Kreises mit dem Ziel, die Leistungen der Verwaltung laufend zu optimieren. Wie das im Einzelnen funktioniert, kann unsere Verwaltung im Kreishaus lernen.

2. Bis auf weiteres sollte ein genereller Einstellungs- und Beförderungsstopp gelten mit der Ausnahme, dass weiterhin ausgebildet wird. D. h. ausscheidende Mitarbeiter werden nur dann ersetzt, wenn es nach der Strukturanalyse keine andere organisatorische Möglichkeit (auch externer Art) gibt.

Der Zusage der anderen Fraktionen vor einem Jahr, die Strukturanalyse anzugehen, sollten nun Taten folgen, und zwar nicht nur im Bereich des Bauhofes, sondern in der gesamten Verwaltung. Ziel sollte eine Senkung der Personalkosten von 20 % in den nächsten fünf Jahren sein.

Sachkosten

Bei den Sachkosten werden vom Jahr 2003 bis 2005 mehr als das Dreifache der Inflationsrate als Steigerung ausgewiesen. Deshalb sollten die Sachkosten auf Basis des Ergebnisses von 2003 in Höhe von rund 280 Tsd. Euro entwickelt werden.

Das heißt, es könnte ein Anstieg von rund 2 % auf die Gesamtausgaben als Inflationsausgleich akzeptiert werden. Das ergibt für 2006 dann ein Budget in Höhe von rd. 290 Tsd. Euro und somit eine Einsparung von jährlich rd. 23 Tsd. Euro gegenüber dem jetzigen Ansatz.

Diese Maßnahme ist nicht allein unsere Forderung, sondern wurde von der SPD schon im Jahr 2004 in ähnlicher Weise angeregt. Leider erinnert sie sich immer noch nicht, was sie zu diesem Thema in ihrer damaligen Haushaltsrede gesagt hat, obwohl angesichts der angespannten Haushaltslage auch hier dringender Handlungsbedarf besteht.

Investitionen

Investitionen sollten in den nächsten zwei bis drei Jahren nur in unbedingt erforderlichem Maß durchgeführt und wenn möglich solange gestreckt werden, bis die Kredite auf ein erträgliches Maß reduziert worden sind, da Investitionen in der Gemeinde im wesentlichen durch Kredite finanziert sind und somit nicht nur die Ausgaben an sich, sondern auch noch die Zinsen zu erwirtschaften sind.

Das unbedingt erforderliche Maß definieren wir über drei Kategorien von Investitionen:

- Investitionen, die sich über Gebühren finanzieren, halten wir für unkritisch.

- Investitionen, die strategische Bedeutung für die Zukunft der Gemeinde haben, sind herauszuarbeiten und in ein zeitliches Raster stellen, das die Möglichkeiten der Finanzierung berücksichtigt und alle anderen
- Investitionen sollten solange auf Eis gelegt werden, bis die Finanzierbarkeit ohne Belastung der anderen HH-Teile zu erkennen ist.

Wir unterstützen in diesem Zusammenhang die CDU bei ihrem Bemühen, das sie auf ihrer Internetseite so bekannt gibt:

„ Für künftige Investitionen in Turnhallen und Ergänzungsbauten an unseren Schulen gilt es auf eine Neuverschuldung zu verzichten.“

Finanzen

Ende 2006 ist ein Schuldenstand von rund 17,8 Mio. Euro für die Gemeinde geplant. Das bedeutet einen Zins- (0,6 Mio. €) und Tilgungsdienst (0,5 Mio. €) von insgesamt 1,1 Mio. Euro pro Jahr.

Einsparungen in den oben genannten Bereichen sollten zur schnelleren Tilgung der Schulden und zur Vermeidung der Aufnahme neuer Kredite eingesetzt werden. Neu aufgenommene Kredite, ob als Ersatz für auslaufende Kredite zur Umfinanzierung oder zusätzlich aufgenommene, dürften teurer werden als sie zurzeit angesetzt sind. Ein weiteres Risiko übrigens, das aus Bankkreisen bestätigt werden kann.

Im **Übrigen** hoffen wir, dass die CDU-Fraktion zu Ihrer Erkenntnis und Einschätzung der Lage steht, die sie in ihrer Rede zum Haushalt 2004 dargestellt hat und ich schon zum HH 2005 zitiert habe:

„Wir (d. h. die CDU) haben in der Vergangenheit bei den Bürgerinnen und Bürgern Bedürfnisse geweckt, die wir in dieser Form in der Zukunft sicherlich nicht mehr erfüllen können. Der heutige Standard kann gegebenenfalls zukünftig nicht gehalten werden, die Zeit des großzügigen Verteilens ist vorbei. Wir alle müssen unser Anspruchsdenken reduzieren, den einbrechenden Einnahmen stehen ständig neue verordnete Ausgaben entgegen.“

Die FDP-Fraktion möchte Sie **alle** wieder an diese Worte erinnern. Wir können dazu uneingeschränkt „Ja“ sagen!

Nicht „Ja“ sagen kann die **FDP-Fraktion** zur **Verabschiedung des Haushalts 2006**, wenn nicht folgende Bedingungen daran geknüpft werden, die wir hiermit beantragen:

- **Durchführung der Strukturanalyse und Umsetzung der Ergebnisse bis 2009;**
- **Senkung der Personalkosten um 20 % im Zeitraum von 2006 bis 2010;**
- **Deckelung der Sachkosten auf das Niveau von 2003 plus Inflationsrate;**
- **Beschränkung des Volumens der Kreditaufnahme und schrittweise Senkung durch schnellere Tilgung.**

Dem Beigeordneten und allen Mitarbeitern, die uns bei den Haushaltsberatungen unterstützt haben, danke ich an dieser Stelle und Ihnen allen für ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

FDP-Fraktion

Walter Nobbe
Fraktionsvorsitzender